

Antrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Priska Hinz (Herborn), Sven-Christian Kindler, Stephan Kühn, Fritz Kuhn, Kerstin Andreae, Marieluise Beck (Bremen), Cornelia Behm, Birgitt Bender, Ekin Deligöz, Hans-Josef Fell, Dr. Thomas Gambke, Kai Gehring, Katrin Göring-Eckardt, Winfried Hermann, Ingrid Hönlinger, Maria Klein-Schmeink, Tom Koenigs, Agnes Krumwiede, Markus Kurth, Monika Lazar, Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Friedrich Ostendorff, Dr. Hermann Ott, Lisa Paus, Brigitte Pothmer, Christine Scheel, Hans-Christian Ströbele, Dr. Harald Terpe, Markus Tressel, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Haushalt zukunftsfest machen – Nachhaltig sanieren – Ökologisch und sozial investieren

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit Jahrzehnten ist die Finanzierung der öffentlichen Hand prekär. Die Politik hat Schulden gemacht verbunden mit der Hoffnung, diese durch blindes Wirtschaftswachstum bedienen zu können. Neue Ausgaben wurden beschlossen und gleichzeitig die Einnahmeseite verschlechtert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise mit dem Einbruch der Konjunktur hat die Grenzen dieses Wachstumsglaubens aufgezeigt. Die Krise hat sich zu einer Staatsfinanzkrise ausgeweitet. Auf der Einnahmenseite sind die Steuern eingebrochen, auf der Ausgabenseite haben die Konjunkturprogramme weitere tiefe Löcher gerissen, anstatt gezielte und nachhaltige Investitionen in Klima, Bildung und Gerechtigkeit zu tätigen. Zusätzlich verschenken CDU/CSU und FDP Steuermilliarden an ihre Klientel statt gezielt in Klima, Bildung und Gerechtigkeit zu investieren. Die Neuverschuldung des laufenden Haushaltsjahres soll nach den neuesten Erwartungen zwar etwa 15 Mrd. Euro unter der offiziell veranschlagten Summe von 80 Mrd. Euro liegen, wäre damit aber immer noch ein dramatischer Rekord und kein Grund zur Entwarnung. Unsolide Staatsfinanzen sind eine enorme Belastung der nächsten Generation und schränken politische Gestaltungsräume ein. Unsolide Staatsfinanzen schwächen das Vertrauen der Menschen in die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand und sind damit eine Wachstumsbremse. Daher dürfen die Konsolidierungsanstrengungen nicht nachlassen.

In der Haushalts- und Finanzpolitik muss das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gelten. Dies sollte sich in der Ausgaben- und Einnahmenstruktur des Bundeshaushalts widerspiegeln. Wichtige Zukunftsaufgaben sind zu finanzieren, gleichzeitig aber müssen die Gesamtausgaben maßvoll und die Steuereinnahmen angemessen sein. Kluge Haushaltssanierung baut auf einem Mix aus gerechter Einnahmeverbesserung und gezielter Ausgabenkürzung sowie Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Wichtige Zukunftsaufgaben erfüllen bedeutet, im Rahmen eines Green New Deal genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, dem Klimawandel entgegenzuwirken, zukünftigen Generationen durch Bildung und Forschung Perspektiven zu eröffnen, Teilhabegerechtigkeit sicherzustellen, Armutsrisiken, insbesondere von Kindern, zu vermindern und durch eine bessere Entwicklungszusammenarbeit internationale Ungerechtigkeiten abzubauen. Eine nachhaltige und gerechte Haushaltspolitik bedeutet gleichzeitig, den kommenden Generationen einen ausreichend großen finanziellen Gestaltungsspielraum zu vererben. Qualitative Konsolidierung ist auch im weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Umfeld möglich und nötig. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch der Klimakrise verpflichten uns, jetzt den notwendigen, sozial-ökologischen Strukturwandel einzuleiten, um gezielt nachhaltiges Wachstum zu erschließen. Dies sollte im Rahmen einer europäischen Konsolidierungs- und Investitionsstrategie geschehen.

Soziale Schieflage in Deutschland korrigieren

Das Ergebnis der Sparklausur der Koalition der CDU/CSU und FDP bleibt deutlich hinter diesen Anforderungen zurück. Das Paket weist eine gefährliche soziale Schieflage auf und versäumt, eine Antwort auf die soziale Schieflage in unserem Land zu geben. Gekürzt wird bei Familien und den Ärmsten. Es fehlt ein deutliches Signal für den ökologischen Umbau und das Aufsprengen verkrusteter Strukturen. Neben konsequentem Subventionsabbau müssen Krisengewinner und die Vermögenden stärker zur Finanzierung herangezogen werden. Konsolidierungspolitik kann nur gelingen, wenn starke Schultern mehr beitragen als schwache. Auf Kapitalerträge werden seit der Einführung der Abgeltungsteuer weniger Steuern erhoben als auf Löhne. Das muss korrigiert werden. Denn diese Sonderregelung begünstigt gerade Spitzenverdiener. Der Vollzug der Steuergesetze in Deutschland ist mangelhaft, darauf weist auch der Bundesrechnungshof hin. So können sich gerade auch Spitzenverdiener ihrer Steuerpflicht entziehen. Gleichzeitig ist wahrzunehmen, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die es schultern können, bereit sind, einen höheren Beitrag von ihrem Einkommen und Vermögen für Staat und Gemeinwesen einzusetzen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN will den Spitzensteuersatz anheben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert eine Vermögensabgabe, die dazu beiträgt, die Altschulden zu reduzieren und die Belastungen der Finanzkrise einzudämmen. Mit einer Finanztransaktionssteuer werden die Finanzmärkte angemessen an öffentlichen Ausgaben beteiligt. Diese Maßnahmen verringern die Spaltung zwischen Arm und Reich und tragen zum sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei.

Weichenstellung nach der Krise – Grün Umsteuern jetzt

Die Bewältigung der Krise ist eine Chance, unser Wirtschaften auf zukunftsfähige Strukturen umzuschalten, unsinnige Maßnahmen der Vergangenheit auslaufen zu lassen und Wahlgeschenke wie die Mehrwertsteuersenkung für Hotels zurückzunehmen. Bei den großen Programmen aus dem Verteidigungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsetat muss kritisch geprüft und ausgesiebt werden: Strukturen von gestern erhaltende und Lobby getriebene Maßnahmen müssen abgebaut werden. An all dies hat sich die schwarz-gelbe Koalition nicht herangewagt. Das Paket spart weitgehend bei den Ärmsten. Konsolidierungspolitik muss aber alle mit ins Boot nehmen, wenn sie erfolgreich sein soll. Sparpolitik bietet die Möglichkeit, Zukunft neu zu gestalten, also strukturelle Verkrustungen zu lösen und ökologische Modernisierung zu forcieren.

Eine nachhaltige Konsolidierungspolitik kann auf Investitionen in Soziales, Klimaschutz und Bildung nicht verzichten. Eine erfolgreiche Sparstrategie muss

daher für notwendige Investitionen in Bildung und Forschung sowie für Klimaschutz und soziale Teilhabe auf der Einnahme- wie auch auf der Ausgabeseite klare Prioritäten setzen. Der von vielen Seiten geforderte Rasenmäher bei den Staatsausgaben hilft dabei nicht weiter. Der Rasenmäher ist ökologisch blind und sozial gerecht ist er auch nicht. Deutschland braucht eine qualitative Konsolidierung. Der Deutsche Bundestag muss sich darauf konzentrieren, was wirklich die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze und der Unternehmen stärkt. Steuerausnahmen und Abgabenbefreiung darf es für umweltschädliches Verhalten nicht mehr geben. Deshalb soll die ökologische Finanzreform fortgeführt und eine Vielzahl ökologisch kontraproduktiver Subventionen abgebaut werden. Sie sind nicht nur ökologisch schädlich, sondern auch fiskalisch falsch, ökonomisch fragwürdig und wettbewerbsverzerrend. Für eine nachhaltige Umwelt- und Haushaltspolitik ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen auf allen Ebenen unverzichtbar. So würde eine dreifache Rendite entstehen: fiskalische Konsolidierung, ökologischer Impuls für die Wirtschaft und Vermeidung von Folgekosten durch Umweltschäden und Klimaveränderung. Umweltschädliche Subventionen machen nach einer Berechnung des Umweltbundesamtes auf Einnahme- und Ausgabeseite im Bundeshaushalt jährlich rund 48 Mrd. Euro aus. Dieser ökologische und ökonomische Anachronismus muss in einer Zeit der Haushaltskrise und Klimakrise dringend angegangen werden. Kurzfristig kann so ein jährliches Entlastungspotential von über 12 Mrd. Euro für den Bundeshaushalt gehoben werden. Mittel- und langfristig kann die Entlastung für den Bundeshaushalt, wie die Berechnung des Umweltbundesamtes zeigt, noch weit aus höher liegen.

Subventionsabbau soll die Ökologisierung der Wirtschaft forcieren. Ebenso notwendig für einen Green New Deal sind gezielte ökologische Investitionen und die Fokussierung bestehender Förderprogramme auf nachhaltige Entwicklung.

Ungerechtigkeit und Buchungstricks im Sparpaket beenden – Transparenz im Budget erforderlich

Die Koalition verkauft ihr Sparpaket als gleichmäßige Belastung von Wirtschaft und Sozialsystem. Betrachtet man die Konsolidierung im Bereich der Unternehmen genauer, so wird deutlich, dass diese Ausgewogenheit nicht stimmt. Im Gegenteil: Durch die zu befürchtende Laufzeitverlängerung kann die Atomenergiewirtschaft beträchtliche anstrengungslose Gewinne deutlich über den vereinbarten Steuerabführungen in Höhe von 2,3 Mrd. Euro erwirtschaften. Dass die Bundesregierung Mitnahmeeffekte bei den Energiesteuervergünstigungen einschränken will und dies als Sparerfolg verkauft, ist geradezu grotesk. Der Abbau von Mitnahmeeffekten ist selbstverständlich.

Die Bahndividende in Höhe von 0,5 Mrd. Euro ist lediglich eine Luftbuchung zwischen einem staatseigenem Unternehmen und seinem Eigentümer.

Die Kürzungen im Sozialbereich sind erheblich und wachsen bis 2014 auf 10,9 Mrd. Euro pro Jahr an. Trotz der Krisenfolgen auf dem Arbeitsmarkt spart die schwarz-gelbe Koalition auf dem Rücken der Arbeitslosen durch Kürzungen bei aktiver Arbeitsmarktpolitik (Eingliederungsmaßnahmen) Beträge in Höhe von 16 Mrd. Euro. Nach Aussage von Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, kann Langzeitarbeitslosen, die Qualifizierungen benötigen oder Jugendlichen, die einen Schulabschluss oder eine Ausbildung nachholen wollen, nach Umsetzung der Sparvorgaben der schwarz-gelben Koalition nicht mehr adäquat geholfen werden. So verlängern sich die Zeiten in der Grundsicherung. Die Kosten für die Förderung sinken zwar, aber durch den längeren Bezug von Arbeitslosengeld II (ALG II) wird der Bundeshaushalt an anderer Stelle schwer belastet.

Am deutlichsten zeigt sich die Schieflage des Sparpakets beim Elterngeld. ALG-II-Bezieher werden durch den vollständigen Wegfall des Elterngelds mit 400 Mio. Euro p. a. belastet, während Bestverdienende überhaupt nicht belastet werden.

Neben diesen inhaltlichen Schwächen der Sparpolitik verzichtet die Koalition auch jetzt wieder nicht auf Buchungstricks. Besonders auffällig ist eine Globale Minderausgabe in Höhe von 5,6 Mrd. Euro in 2014, die Koalition weiß also schlichtweg noch nicht, wo dieses Geld herkommen soll. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) wird ein weiterer Schattenhaushalt eröffnet, da die BA die Möglichkeit der eigenen Kreditaufnahme erhält. Diese Entscheidung bedeutet Beitragserhöhung bzw. Verschuldung in naher Zukunft. Hier findet nur vordergründig Sparen statt. In Wirklichkeit werden Belastungen auf Beitragszahler/Beitragszahlerinnen und künftige Beitragszahler/Beitragszahlerinnen verschoben. Eine Anhebung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags ist zu erwarten.

Durch die Abschaffung des Zuschusses zur Rentenversicherung für ALG-II-Bezieher werden diese bei längerer Arbeitslosigkeit in die Grundsicherung im Alter gedrängt. Im Prinzip ist die Einsparung im Bundeshaushalt heute die Belastung der Grundsicherungsträger oder der Rentenversicherung von morgen. Auch hier keine Spur von Generationengerechtigkeit, stattdessen eine Verschiebung der Kosten auf die Kommunen, die für die Grundsicherung aufkommen müssen.

Qualitative Konsolidierung umsetzen

Weitere Subventionen gibt es durch zahlreiche Ausnahmen bei der Mehrwertsteuer, wie zum Beispiel für Hotelübernachtungen und andere. Politik muss eigene Fehler im Rahmen einer Umsatzsteuerreform korrigieren und diese Ausnahmen konsequent abbauen. Güter, die nicht zum täglichen Grundbedarf gehören, müssen mit dem vollen Mehrwertsteuersatz belegt werden – so können mehrere Mrd. Euro vereinnahmt werden.

Mit der Neugestaltung und Neuorganisation von Staatsverwaltung und Staatsaufgaben kann der Deutsche Bundestag weiteres Konsolidierungspotential für den Bundeshaushalt heben. Die schwarz-gelbe Koalition hat im Sparpaket eine Strukturreform der Bundeswehr angekündigt. Die Bundesregierung muss ein schlüssiges, tragfähiges sicherheitspolitisches Konzept vorlegen, mit dem eine substanziell verkleinerte Bundeswehr ihren Auftrag ohne Rückgriff auf die Wehrpflicht erfüllen kann. Durch den überfälligen Ausstieg aus der Wehrpflicht und die Konversion des Zivildienstes werden auch Mittel frei, die in den Aufbau von Alternativen zum Zivildienst investiert werden können. Auch auf die Beschaffung von Waffensystemen, die nicht den aktuellen Anforderungen entsprechen, muss der Deutsche Bundestag konsequent verzichten. Die Abkehr von einer rein industriepolitisch betriebenen Rüstungsbeschaffung könnte den Haushalt ebenfalls deutlich entlasten.

Ein weiteres Beispiel für notwendige Reformen bei der Konsolidierung ist eine effiziente, bundeseinheitliche Neuorganisation der Steuerverwaltung. Ohne ein einziges neues Steuergesetz könnten damit die bestehenden Steuerregelungen effizienter umgesetzt und Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe für alle staatlichen Ebenen gesichert werden. So kann der Deutsche Bundestag gezielt Einnahmeverbesserungen ermöglichen, die unsere Staatsfinanzen jetzt zukunftsfähig und generationengerechter gestalten würden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Der Haushalt für das Jahr 2011 ist der erste einzuschlagende Pflock des Konsolidierungspfades bis 2016, dem ersten Jahr der vollumfänglichen Wirkung der

grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse. Die voraussichtlich geringere Neuverschuldung im laufenden Haushaltsjahr darf nicht zum Erlahmen der Konsolidierungsbemühungen führen. Der Haushalt 2011 und die dazu gehörende Finanzplanung müssen eine belastbare Perspektive bis zum Jahr 2016 eröffnen. Der Haushalt 2011 mit seiner Finanzplanung muss ein Perspektivhaushalt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, daher diesen Haushalt an folgenden Kriterien auszurichten:

1. Aufgabenkritik muss Priorität haben. Bestehende Standards sowie laufende Ausgaben für Aufgaben von gestern müssen kritisch überprüft werden. Hierzu zählen besonders der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung, des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.
2. Ökologisch schädliche Subventionen in zweistelliger Milliardenhöhe müssen beendet werden. Die Einführung einer Flugticketabgabe ist richtig. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für eine Brennelementesteuer ein, die die steuerliche Bevorzugung gegenüber anderen Energieträgern beendet und nicht Ablasshandel für längere Laufzeiten ist. Besonders anzugehen sind ebenso die Ermäßigungen bei der Strom- und Energiesteuer, die Abschaffung des Spitzenausgleichs, der Abbau von Steuerentlastungen für besonders energieintensive Prozesse, eine ökologische Reform der Dienstwagenbesteuerung, die Kerosinbesteuerung, die Abschaffung der Privilegien der Atomwirtschaft sowie der Braun- und Steinkohleförderung und die Erhöhung der Lkw-Maut.
3. Die Einnahmehasis muss deutlich verbessert werden. Hierzu zählen eine Bundessteuerverwaltung, die Einführung einer Vermögensabgabe, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, Einnahmesteigerungen bei der Erbschaftsteuer, die Abschaffung der Abgeltungsteuer und Wiedereinführung der Besteuerung von Zinseinkünften nach der progressiven Einkommensteuer, eine Finanzumsatzsteuer und die Rücknahme der Mehrwertsteuerermäßigung für das Beherbergungsgewerbe sowie Abbau weiterer Mehrwertsteuervergünstigungen.
4. Die finanzielle Basis des Staates muss sichergestellt bleiben. Dies geht nur in einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Gesellschaft. Investitionen in die Zukunftsaufgabe Klimaschutz sind elementar und auch finanziell rentierbar. Es wird ein Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro pro Jahr eingerichtet. Der internationale Klimaschutz wird ausgeweitet, die Gebäudesanierung stärker gefördert, Schienen- und Radwege sind stärker auszubauen. Soziale und kulturelle Teilhabegerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit sind zu finanzieren. Die Ausgaben für Bildung, Forschung und frühkindliche Bildung müssen erhöht werden, der Bund muss seinen Teil zur zügigen Erreichung des 10-Prozent-Ziels finanzieren. Der Regelsatz im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ist für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen. Die Kinderregelsätze müssen dem entwicklungsbedingtem Bedarf der Kinder angepasst werden. Darüber hinaus ist das derzeitige Ehe- und Familienfördersystem grundsätzlich zu reformieren, um die Mittel gerechter zu verteilen und Kinderarmut effektiver zu bekämpfen. Untere Einkommen sind von Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten. Die Zusage, schrittweise bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, muss eingehalten werden.

Berlin, den 29. Juni 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

